

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotefahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expeditiön G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 26,40 M. in Berlin u. Orten m. eig. Postf. Postbezugs auschl. Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Wirtsch. Zeile 35 Pf.; die 6zeil. Text-12zeil. 2,50 M. Arbeiterverantw. u. Kamillienanz.: Wirtsch. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Bündnis Hindenburgs mit Hitler

Kabinetts der Generale, Barone und Industriellen ernannt

Hitlerpartei jubelt der Regierung des kapitalistischen Systems zu — Koller Staatsstreich in Preußen? — Die antisowjetische Pläne der Reaktion durchkreuzen — Machtaktion der roten Einheitsfront wird die mobil!

Amtlich wird gemeldet:

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat Herrn v. Papen zum Reichskanzler und auf dessen Vorschlag folgende Herren zu Reichsministern ernannt:

Das Mitglied des Reichsrates Freiherr v. Gahl zum Reichsminister des Innern, Generalleutnant v. Schleicher zum Reichswehrminister, Prof. Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister, den Regierungspräsidenten a. D. Freiherr v. Braun zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, gleichzeitig zum Ostkommissar, den Reichsbahnpräsidenten Freiherrn v. Eich und Rübenaug zum Reichspost- und gleichzeitig Reichsverkehrsminister.

★

Die endgültige Zusammenziehung der Regierung bestätigt nur, was wir gestern anlässlich der Beauftragung Papens schrieben. Diese Regierung ist eine Auswahl der reaktionärsten Vertreter des Adels, es sind die Paladine Wilhelms von Hohenzollern, die mit den Vertretern des Giftgasstrahls zusammen in der Regierung sitzen. Das Papenkabinetts mit seinen Repräsentanten des schärfsten antiproletarischen Kurzes wird versuchen, schärfer noch als Brüning auf diktatorischem Wege die Reste der Sozialversicherung zu beseitigen, die Löhne weiter abzubauen und die Bahn für einen abermaligen Angriff auf die Erwerbslosen freizumachen.

Die SPD. hat auch dahin gebracht!

Dieser Regierung der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion sprechen, neben der Stahlhelm- und „Kreuzzeitung“ und dem Landbund, die Nazis ihr Vertrauen aus. Es ist die Regierung der Kriegserklärung an die werktätigen Massen Deutschlands und des Bündnisses von Hindenburg mit Hitler. Im Braunen Haus zu München herrscht eitel Freude über die Galerie von Blaublättern und Kapitalisten in der Wilhelmstraße. Die maßgebenden Persönlichkeiten der Hitlerpartei haben schon ihre Bereitschaft zur Stützung der neuen Regierung erklärt, und nur zwei Bedingungen gestellt: die Aufhebung des SA-Verbotes und die Neuwahl des Reichstags.

Rosenberg kündigt im „Völkischen Beobachter“ an, daß die Regierung beide Forderungen erfüllen werde, und meint, daß „der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation geht und mit Adolf Hitler jenes Bündnis schließt, das zur Rettung des deutschen Volkes notwendig ist.“

Hindenburg, der Kandidat der Sozialdemokratie, verbündet sich mit Hitler. Hindenburg, der von Wels und Rünzler zur Wahl empfohlene „treue Wächter“ der Weimarer Verfassung, bildet das Diktatorkabinetts. Wenn jetzt die sozialdemokratischen Führer sich darüber aufregen, so haben sie vor der Geschichte jegliches Recht dafür verwirkt. Sie haben ja Hindenburg gewählt und ihr Regiment hat gerade den Weg zu dem jetzigen Ergebnis geführt. Mit Recht können die „Times“, das englische Regierungsorgan feststellen:

„Nachdem Brüning zwei Jahre mit Notverordnungsdekret regiert hat, kann die Militärdiktatur, ohne weiteres Aufsehen zu erregen, in den Sattel schlüpfen, während noch vor zwei Jahren jeder ähnliche Versuch zu einem orbitterten Kampf geführt hätte. Die Advokaten der Diktatur geben längst offen zu, daß die Brüningregierung ihnen den Weg geebnet hat.“

Die ganze Größe des Verbrechens, das die SPD-Führer mit ihrer Koalitionspolitik begehen, wird den SPD-Arbeitern jetzt klar werden müssen, wo die traurigen, von uns immer vorausgesagten, Resultate vorliegen und wo die Reaktion selbst zugibt, daß ihr der Weg von Brüning bereitet wurde.

Wie die „Völkische Zeitung“ mitteilt, will die neue Reichsregierung einen Reichskommissar für Preußen ernennen, wobei die Bejagnisse der preussischen Ministerien auf die entsprechenden Reichsministerien übertragen werden sollen. Freiherr von Gahl scheint dazu auserselben zu sein, den Posten des Reichskommissars für Preußen zu übernehmen.

Wenn diese Meldung sich bestätigen sollte, dann hätte man es mit einem kalten Staatsstreich zu tun, mit dem die Freiherren, Grafen, Barone, Generale und die hinter ihnen stehenden finanzkapitalistischen Schichten ihrem Diktaturregiment in Preußen die organisatorische Stütze verschaffen wollen. Was Geistes sind diese Herrschaften sind, zeigt eine Rede des Freiherrn von Gahl im Preussischen Staatsrat am 11. Dezember 1930, wo er erklärte:

Wenn sich die Einheitsfront der Adelsopposition mit den Günstigen und Majestätpflichtigen schließt, dann mag auf der Gegenseite die Einheitsfront der Arbeiter entstehen, die stärker sein wird als ihre Feinde. Es kommt in diesem Augenblick, wo die Junker Ostpreußen mit dem Führer der Generalsclique und

dem Vertreter des deutsch-französischen Chemietrusts in die Ministerjesseln steigen, darauf an, nicht nur antisowjetisch zu denken, sondern zu handeln. Wo heute und in den nächsten Tagen Arbeiter über die neue Regierung diskutieren, kann es nur einen Beschluß geben, den man unverzüglich in die Tat umsetzen muß: die Bildung roter Einheitsausschüsse und antisowjetischer Schutzwehren.

Das Hindenburg-Kabinetts plant in kürzester Zeit, proletarische Organisationen, vor allem die KPD, anzutasten, zu unterdrücken und die Zeitungen des revolutionären Proletariats zu verbieten, um ungehindert die Abbaumassnahmen durchführen zu können.

Durchkreuzt mit starker Hand die Pläne der Reaktion! Macht in den Betrieben zum politischen Mobil! In der Stunde höchster Gefahr haben alle sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter die Pflicht, zusammenzutreten und zu kämpfen. Dann wird die feindliche Front aufgerollt!

Polizei-Heerlager um den Landtag

Nur Kommunisten für die Erwerbslosen

Nazis drücken sich um Stellungnahme zu Erwerbslosenforderungen — Nazi-Präsident Kertel hofft die „Systempolizei“ — Revolutionärer Gruß den Hafenarbeitern von Gdingen!

In der gestrigen Landtagssitzung vertrat die kommunistische Partei durch den Mund unserer Genossen Wilhelm Koenen und Schwenk als einzige Partei die Forderungen der Erwerbslosen auf Arbeitsbeschaffung, für Rückgängigmachung des Abbaus der Wohlfahrtsunterstützung, gegen jede Zwangsermittlung.

Die Sozialdemokraten brachten durch ihre Sprecherin Gertrud Hanna, die für den freiwilligen Arbeitsdienst eintrat, nur nichtsagende Redensarten. Die Nazis drückten sich um jede Stellungnahme zu den kommunistischen Anträgen für die Erwerbslosen. Die kommunistischen Redner wandten sich an die Erwerbslosen außerhalb des Parlaments, durch ihren geschlossenen Kampf sich ihre Forderungen zu erkämpfen.

Zu Beginn der Sitzung protestierte unser Genosse Kasper gegen die polizeiliche Absperrung des Landtags und die polizeiliche Durchsuchung der Tribünenbesucher auf Anweisung des Nazi-Präsidenten Kertel. Herr Kertel

geriet nicht schlecht in Verlegenheit, als Genosse Kasper sein Bündnis mit der „System-Polizei“ anprangerte.

Der Genosse Schwenk begründete die kommunistischen Anträge. Nach der SPD-Rednerin trat als Vertreter der Nazis der Abgeordnete Lohse auf die Tribüne und erklärte: „Wir halten die kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenfrage für so bedeutungslos, daß wir morgen im Verlauf der politischen Debatte zu ihnen Stellung nehmen werden.“ Dann trat er ab. Mit dieser Erklärung wollen die Nazis verdecken, daß sie sich um jede direkte Stellungnahme zu den kommunistischen Erwerbslosenforderungen drücken und in der allgemeinen politischen Aussprache diese Anträge mit allgemeinem Gerede umgehen wollen.

Der Genosse Wilhelm Koenen, der in glänzender Weise mit den nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Feinden der Erwerbslosen abredete, Schlag auf Schlag, ihren Zwischenrufen antwortete, stellte die Drückerei der Nazis fest. Er kündigt den Nazis an, daß die Kommunisten mit ihren antisowjetischen Anträgen auf die Schaffung von Millionen zur Arbeitsbeschaffung (Millionärsteuer usw.) die Nazis öffentlich auf die Probe stellen werden, wie sie in der Wirklichkeit zu ihrer „antisowjetischen“ Agitation stehen. Genosse Koenen zeigte, wie sich Straßer und die KGB-Führer in ihren Plänen auf Inflation zur Finanzierung der „Arbeitsbeschaffung“ nähern. Genosse Koenen warnte sich aufs schärfste gegen die Arbeitsdienstplicht und die Militarisierung der werktätigen Jugend.

Als die Nazis Zwischenrufe gegen die Sowjetunion machten, antwortete Genosse Koenen — immer wieder vom Beifall der Kommunisten unterbrochen — mit einem glühenden Appell für das einzige Land des Sozialismus, die einzige Arbeitermacht, den einzigen Arbeiterstaat, das einzige Land ohne Arbeitslosigkeit. Seine Rede steigerte sich unter begeistertem Beifall der Kommunisten zu einer großen Demonstration des revolutionären Internationalismus, als er den flammenden Gruß der deutschen revolutionären Arbeiter an die polnischen Hafenarbeiter in Gdingen richtete, die die Verladung von Kriegsmaterial nach Japan verweigert haben, und als er die Ablehnung der Matrosen, auf die Arbeiter zu schießen, begrüßte.

Die Straßen rings um den Landtag glichen einem Heerlager der Geheimpolizei, die — Hunderttausend an Hunderttausend — die ganze Umgebung gegen drohende proletarische Demonstrationen zerniert hatte.

Arbeiterdemonstrationen gegen Generalsdiktatur!

In der Umgebung des Landtagsgebäudes in Berlin

Gestern abend bildeten sich in der Nähe des Landtagsgebäudes Arbeiterdemonstrationen. Während in der Sitzung die Kommunisten ihre Stimme für die Forderungen der notleidenden Erwerbslosen erhoben, konnte man am Potsdamer Platz und in den umliegenden Straßen immer wieder die Sprechhöre von Arbeiterdemonstrationen hören. „Wir haben Hunger, wir wollen Brot und Arbeit!“ „Nieder mit dem faschistischen Terror!“ „Nieder mit der Generalsdiktatur!“ „Hoch die KPD und die Antifaschistische Aktion!“ Zwischen den demonstrierenden Arbeitern und der Polizei, die die Gegend am Landtagsgebäude in ein wahres Heerlager verwandelt hatte, ist es an verschiedenen Stellen zu schweren Zusammenstößen gekommen. (Siehe auch im Blatt.)